



Programm der Partei

Mensch Umwelt Tierschutz

(Tierschutzpartei)

zur

hessischen Landtagswahl 2018

*Damit die Zukunft eine Chance hat!*

## Einleitung

Kernanliegen der Partei Mensch Umwelt Tierschutz (Kurzname: Tierschutzpartei) sind Tierrechte, Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, Frieden, Bekämpfung von Lobbyismus und Transparenz in der Politik. Langfristig arbeiten wir auf ein Ende der Tierausbeutung hin, befürworten aber kurzfristig – als Schritte auf dem Weg zur Erreichung dieses Ziels – Maßnahmen, die die aktuelle Situation der Tiere verbessern und ihr Leid mindern. Wir fordern endlich ein konsequentes Handeln, um der fortschreitenden Zerstörung der Natur Einhalt zu gebieten und den Klimawandel zu bekämpfen.

Näheres dazu findet sich in unserem Grundsatzprogramm:

[www.tierschutzpartei.de/partei/grundsatzprogramm/](http://www.tierschutzpartei.de/partei/grundsatzprogramm/)

Sich daraus ergebende und weitere Forderungen für die hessische Landespolitik beinhaltet dieses Wahlprogramm zur Landtagswahl am 28.10.2018. Dabei legen wir auf die sonst in der Politik trotz ihrer offensichtlichen Dringlichkeit sträflich vernachlässigten oder gänzlich ignorierten Themenfelder „Tier“ und „Umwelt“ natürlich besondere Schwerpunkte. Diese stellen die ersten beiden Blöcke unseres Programms. Im letzten Block „Mensch“ legen wir einen Fokus auf die Bildungspolitik, gehen aber auch – soweit das mit den begrenzten Kompetenzen der Landespolitik in diesen Bereichen möglich ist – auf Forderungen bezüglich beispielsweise sozialer Gerechtigkeit oder nachhaltiger Wirtschaftsförderung ein.

## Hauptteil

### Tier

In diesem Moment erleiden Milliarden von Tieren auf der Welt unvorstellbare Qualen in Tierfabriken, Versuchslaboren und unzählbaren weiteren Situationen, die zumeist in einem grausamen Tod enden. In Hessen ist dies nicht anders. Da die etablierten Parteien sich nicht für das Leid dieser Individuen interessieren, bedarf es einer starken politischen Kraft, die für das Ende dieses unnötigen Leids eintritt, in die Parlamente einzieht und für die Verankerung von Tierrechten im Gesetz eintritt. Dafür stehen wir. Aufgrund der Wichtigkeit und Dringlichkeit dieses Themas und der Ignoranz, die ihm nahezu alle anderen politischen Akteure entgegenbringen, widmen wir dem Themenfeld „Tier“ bewusst den ersten Block unseres Wahlprogramms.

Unser klares Ziel ist die Anerkennung von Tierrechten in Gesetzestexten. Dazu gehören unveräußerliche Grundrechte wie das Recht auf Leben und Unversehrtheit und weitere arteigene Rechte. Nur so können Tiere in Zukunft wirkungsvoll vor Willkür, Folter und Mord geschützt werden. Kurzfristig befürworten wir – wie bereits angesprochen als Zwischenschritte auf dem Weg zur Erreichung dieses Ziels – Maßnahmen, die die aktuelle Situation der Tiere verbessern und ihr Leid mindern.

Folgende Kernforderungen ergeben sich daraus für die hessische Landespolitik:

- **Einführung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzverbände:** Da Tiere nicht selbst in der Lage sind, ihre Interessen zu vertreten, ist es ein wichtiger erster Schritt, dass Tierschutzverbände in ihrem Namen klagen dürfen, um der Willkür von Politikern und der Profitgier von Großunternehmen und deren Lobbyisten wenigstens ein kleines Gegengewicht zu bieten. In einigen Bundesländern wurde ein solches Verbandsklagerecht in den letzten Jahren eingeführt, die aktuelle hessische Landesregierung hat dies jedoch blockiert.
- **Abschaffung der Massentierhaltung:** Die systematische Grausamkeit, unter der fast alle der sogenannten „Nutztiere“ während ihres kurzen Lebens unter unvorstellbaren Bedingungen bis zu ihrem qualvollen und frühen Tod im System Massentierhaltung leiden müssen, muss schnellstmöglich beendet werden. Das Leid duldet keinen Aufschub. Solange dies – so bitter das auch ist – noch nicht durchsetzbar ist, fordern wir die Einhaltung bestehender Gesetze zum Schutz der Tiere und deren wirkungsvolle Kontrolle durch Behörden und durch die Öffentlichkeit, etwa durch Kameras in Tierfabriken und Schlachthäusern. Weiterhin fordern wir natürlich wesentlich striktere Regeln zum Schutz der leidenden Individuen. Sie müssen die Möglichkeit haben, ihren natürlichen Bedürfnissen nachzukommen, die momentan völlig ignoriert werden. Außerdem ist eine genaue Kennzeichnung landwirtschaftlicher Produkte, die ihre genaue Herkunft und die Bedingungen, unter denen sie entstanden sind, transparent macht, dringend nötig. Der Endverbraucher muss eine mündige Entscheidung treffen können und dafür muss er ein Bild von den Umständen bekommen, damit nicht die irreführende Werbung der Agrarindustrie als vorwiegende Informationsquelle dient.
- **Tierversuche beenden:** Grausame Experimente an lebenden, fühlenden und denkenden Individuen sind abzulehnen. Daher fordern wir ein Ende aller Tierversuche an Universitäten und anderen Einrichtungen in Hessen. Abgesehen von der Verletzung von Leib und Leben, Würde und Rechten der Versuchstiere, die natürlich allein schon hinreichend für diesen Stopp sind, ist jeglicher Nutzen bzw. wissenschaftlicher Erkenntnisgewinn durch die mangelnde externe Validität dieser Experimente – also die fehlende Übertragbarkeit auf den Menschen – anzuzweifeln. Wir befürworten eine starke finanzielle Förderung moderner Alternativmethoden

wie etwa Zellkulturen, Biochips oder Computersimulationen, die zu wirklichem wissenschaftlichen Fortschritt führen können.

- **Verbot der Jagd und Schritte in diese Richtung:** Das Töten wildlebender Tiere ist grundsätzlich keine geeignete Verfahrensweise, um ökologische Stabilität herzustellen oder aufrechtzuerhalten. Ein Verbot der Jagd muss also das Ziel sein. Bis dahin treten wir für schärfere Regeln und wirksame Kontrolle der bestehenden Gesetze ein: Halbjährliche Schussprüfungen für Jäger müssen eingeführt werden, um die enorme Zahl an Fehlschüssen, die zu Verstümmelungen und grausamen Todeskämpfen führen, zu reduzieren. Kontrollen durch die Jagdbehörde sind zu etablieren - der momentane Zustand, in dem bestehende Gesetze wie das Verbot der Hetzjagd ungestraft gebrochen werden, ist untragbar. Auch die Drückjagd, deren Übergänge zur Hetzjagd fließend sind, ist schnellstmöglich zu verbieten, genauso wie die Fuchsjagd. Außerdem ist es nicht zu akzeptieren, dass Jagden von Privatpersonen durchgeführt werden. Solange Jagden nicht verboten sind, sollten sie wenigstens von behördlicher Seite aus vollzogen werden und nicht als tödliches Hobby von Privatpersonen.
- **Tierheimfinanzierung durch die öffentliche Hand gewährleisten:** Wir fordern eine staatliche Sicherstellung von Finanzierung und Betrieb der hessischen Tierheime. Dies klingt wie eine Selbstverständlichkeit, ist aber leider fernab von der Realität, in der viele Tierheime um ihre Existenz fürchten müssen. Das Land sollte die Finanzierung bezuschussen, um die Gemeinden zu entlasten. Außerdem ist natürlich eine zweckgebundene Abgabe beim Kauf von Tieren beim Züchter sinnvoll, die dann bei den Tierheimen landet. Des Weiteren sollte jede Gemeinde verpflichtet werden, einen Übernahmevertrag für gefundene Tiere mit örtlichen Tierheimen abzuschließen.
- **Abschaffung von Rasselisten für Hunde und Sachkundenachweise für Hundehalter:** Immer wieder kommt es zu Meldungen über auffällige Situationen mit Hunden. Dies liegt jedoch sicherlich nicht an dem bössartigen Wesen einzelner Hunderassen, sondern vielmehr daran, dass ihre Halter nicht mit ihnen umgehen können oder sie nicht gut behandeln. Wir fordern daher eine Abschaffung der Rasselisten, da sie unsinnig sind und wir Rassismus in jedweder Form ablehnen. Stattdessen soll ein Sachkundenachweis („Hundeführerschein“) für jeden Hundebesitzer in Hessen verpflichtend werden, zum Schutz der Menschen, aber besonders zum Schutz der Tiere vor Fehlern der Menschen.
- **Hundesteuer zweckgebunden verwenden:** Die Hundesteuer sollte zweckgebunden verwendet werden, etwa für die Errichtung und Erhaltung von Hundeparks oder die Finanzierung von Tierheimen oder Lebenshöfen.
- **Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für freilaufende Katzen:** Diese Maßnahmen sind erforderlich, um das Leid streunender Katzen durch Reduktion ihrer Population zu mindern.
- **Wildtierverbot in Zirkussen:** Dass Tiere nichts im Zirkus verloren haben, wo sie unter Zwang zur zweifelhaften Belustigung zur Schau gestellt werden und unter oft schlimmen Haltungsbedingungen leben müssen, ist inzwischen sicher bei einem Großteil der Hessen Konsens. Nun muss dies nur noch in Gesetze gegossen werden, zunächst für Wildtiere und mittelfristig für alle Tiere. Sehr viele Städte und Gemeinden und einige europäische Länder haben ersteres oder sogar letzteres bereits umgesetzt, wünschenswert wäre ein bundesweites Verbot. Bis dahin kann aber auch die Landespolitik ihren Beitrag leisten, etwa mit Auftrittsverboten auf öffentlichen Flächen.
- **Hilfe für Stadtauben:** Ein wenig Beachtung in der Öffentlichkeit findendes, aber trotzdem dringliches, Thema ist das Leid der Stadtauben. Diese sind verwilderte Haustiere – als Nachkommen von Brief- und Ziertauben – und daher auf unsere Hilfe angewiesen. Wir

befürworten eine landesweite und von der öffentlichen Hand getragene Umsetzung des „Augsburger Modells“, in dem durch Taubenhäuser mit artgerechter Fütterung und Geburtenkontrolle die Not der Tauben gemindert und die Population reduziert wird.

## Umwelt

Die fortschreitende Zerstörung unserer Natur und Umwelt schreitet in vielen Bereichen immer rasanter voran statt gestoppt zu werden. Das Ankämpfen dagegen sollte auf der Prioritätenliste jeder Politikerin und jedes Politikers sehr weit oben stehen. Umwelt und Natur haben nicht nur einen unermesslichen Wert an sich, sondern bilden nicht zuletzt die Lebensgrundlage für die heutige und alle künftigen Generationen von Menschen und Tieren.

Stattdessen werden Umwelt- und Klimaschutz in letzter Zeit von vielen politischen Akteuren – etwa der aktuellen hessischen Landesregierung oder der großen Koalition - weitgehend ignoriert bzw. deren Notwendigkeit vollständig geleugnet - von immer mehr Einfluss gewinnenden Gruppen am rechten Rand dies- und jenseits des Atlantiks. Dies ist schlichtweg dumm und die daraus entstehenden Schäden sind heute schon offensichtlich: ein in seiner Größe und Wachstumsrate nie dagewesenes Artensterben, zunehmende Wasserknappheit und immer wärmeres und volatileres Klima sind nur drei beispielhafte von unzähligen Baustellen. Durch ein energisches Einlenken der Politik und jedes Einzelnen lässt sich, wenn wir viel Glück haben, vielleicht noch das Allerschlimmste verhindern, aber viele irreparable Schäden sind bereits entstanden.

Daher nimmt das Themenfeld Umwelt eine zentrale Stellung in unserem Wahlprogramm ein, obwohl wesentlich stärkere, koordinierte Anstrengungen sich natürlich vor allem auf nationaler und globaler Ebene abspielen müssen. Aber auch in der Landespolitik müssen wir entschieden voranschreiten. Als eine der reichsten und wirtschaftlich stärksten Regionen der Erde sind wir leider auch für einen großen Teil an globaler Umweltzerstörung und Ausstoß von Klimagasen verantwortlich. Außerdem ist natürlich auch regionaler Umweltzerstörung – etwa durch Überdüngung und Einsatz von Pestiziden und Herbiziden – Einhalt zu gebieten. Dies muss sowieso auf Landesebene geschehen. Folgende Kernforderungen – vor allem aus den beiden großen Bereichen Landwirtschaft und Verkehr - ergeben sich daraus für die hessische Landespolitik:

- **Förderung einer „pflanzlicheren“ Landwirtschaft:** Die Landwirtschaft ist in ihrer heutigen Form wenig nachhaltig und für viele globale und regionale Umweltschäden verantwortlich. Es gibt viele strukturelle Probleme und erheblichen Reformbedarf. Die Produktion tierischer Lebensmittel in gigantischen Tierfabriken ist auf globaler Ebene ein riesiges Problem, etwa durch die massive Verschwendung von Ressourcen, die die „Umwandlung“ von pflanzlichen in tierische Kalorien mit sich bringt oder die Zerstörung des tropischen Regenwaldes für Futtermittelanbau. Zudem hat sie aber auch regional schwere Folgen, etwa die hohe Nitratbelastung der Böden aufgrund der Gülleproblematik und das Entstehen multiresistenter Keime durch den starken Einsatz von Antibiotika. Unser langfristiges Ziel ist daher eine biovegane – also biologische und ohne Tierhaltung auskommende, klimaneutrale und ressourcenschonende Landwirtschaft. In der Zwischenzeit muss die Produktion pflanzlicher Lebensmittel – auch aus Landesmitteln – stärker gefördert werden, auch wenn die großen Entscheidungen in der Agrarpolitik auf europäischer bzw. nationaler Ebene getroffen werden müssen.
- **Verpflichtende Erstellung einer Gesamtökobilanz für industrielle Tierhaltung:** Die aktuelle Förderung in der Agrarpolitik hat katastrophale Auswirkungen. Schon jetzt entstehen dadurch immense Kosten, die von der Allgemeinheit und den nächsten Generationen getragen werden müssen und die in keiner Bilanz und in keinem Marktpreis auftauchen. Die alltäglichen

Tierqualen sind hierbei nicht eingerechnet. Nachhaltige Förderung heißt auch richtig zu bilanzieren, die Kosten richtig zu berechnen und zu verteilen. Die dauerhafte Erhaltung unserer Naturressourcen darf nicht kurzfristigen Nutzungsinteressen geopfert werden. Durch gezielte Maßnahmen müssen die Zerstörung der Umwelt fördernde Subventionen abgebaut und ehrliche Preise durch wesentlich höhere Besteuerung derartiger Produkte erzeugt werden.

- **Schutz der Böden bzw. Düngeverordnung nachbessern:** Durch die bereits angesprochene Gülleproblematik – d.h. die unvorstellbare Menge an Gülle, die durch die Massentierhaltung entsteht und auf die Felder ausgebracht werden muss – ist das hessische Grundwasser sehr stark mit Nitrat belastet und die Grenzwerte sind an den meisten Messstellen überschritten. Dem muss Einhalt geboten werden durch die Ergreifung von Maßnahmen, die eigentlich nur eine Reduktion des Tierbestands beinhalten können, deren wirkungsvolle Kontrolle und eine Nachbesserung der hessischen Düngeverordnung.
- **Verbot von Herbiziden und Pestiziden und Förderung biologischer Landwirtschaft:** Durch den starken Einsatz von Herbiziden und Pestiziden in der konventionellen Landwirtschaft sind nicht nur gesundheitliche Schäden für die Konsumenten nicht auszuschließen, sondern es ergeben sich auch verheerende Folgen für die Umwelt. Abgesehen davon, dass die Produktion dieser künstlichen Mittel sehr energieaufwendig ist, können sie zerstörerische Wirkungen auf die umliegenden Ökosysteme haben, etwa durch das Auslösen des Insektensterbens. Daher müssen schrittweise künstliche Pestizide und Herbizide – beginnend mit Glyphosat – auf Landesebene verboten werden, wenn die europäische und nationale Politik dazu nicht in der Lage sind, und die ressourcenschonendere und umweltfreundlichere biologische Landwirtschaft muss wesentlich stärker gefördert werden.
- **Förderung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs:** Zum Zweck der Eindämmung von Treibhauseffekt und Umweltverschmutzung ist es unumgänglich, den öffentlichen Personenverkehr und den Schienengüterverkehr in Hessen verstärkt zu fördern. Damit der öffentliche Nah- und Fernverkehr für alle beruflichen und privaten Fahrten eine praktikable Alternative zum Automobil wird, muss er weiter ausgebaut und seine einzelnen Komponenten besser vernetzt werden. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass auch kleinere Gemeinden tagsüber, abends und auch an Wochenenden mindestens stündlich angefahren werden. Außerdem befürworten wir kurzfristig eine deutliche Senkung der Fahrpreise des öffentlichen Nahverkehrs und mittelfristig einen kostenfreien öffentlichen Nahverkehr. Außerdem sollten, neben im öffentlichen Dienst Beschäftigten, weitere Personengruppen – etwa Rentner, Schüler und Studenten – ein kostenloses Hessenticket erhalten.
- **Ernsthafte Anstrengungen zur Verlagerung von mehr Güterverkehr auf die Schiene:** Der Verkehr in Hessen erstickt im LKW-Ruß, obwohl Hessen im Schnittpunkt dreier großer Güterzugmagistralen liegt: (Norddeutsche Seehäfen/Skandinavien – Spanien, England/Holland – Schweiz/Österreich/Italien und Frankreich – Osteuropa/Asien). Nahezu alle politischen Parteien bekennen sich dazu, mehr Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern. In Wirklichkeit werden aber immer mehr Güterbahnhöfe in Hessen geschlossen und die Infrastruktur wird vernachlässigt.
- **Nachhaltigere Gestaltung des Individualverkehrs:** Um das Potenzial der umweltfreundlichen und gesundheitsfördernden Fortbewegung zu Fuß und mit dem Fahrrad auszuschöpfen, ist bei der Verkehrsplanung besonders auf die Belange von Fußgängern und Radfahrern zu achten. Dazu gehören flächendeckend übersichtliche sowie sichere und vernetzte Radwege und Fußgängerüberwege. Außerdem wäre die Planung und schnelle Errichtung von Fahrradschnellwegen in den dichter besiedelten Regionen wünschenswert. Einen weiteren

wichtigen Aspekt im Bereich des Individualverkehrs stellen Carsharing-Konzepte dar, die bereits existieren, aber weiter ausgebaut und stärker gefördert werden müssen.

- **Tempo 120 auf hessischen Autobahnen:** Ein Tempolimit auf hessischen Autobahnen, für welches die Sicherheit allein schon ein hinreichender Grund ist, ist auch zur Reduktion von Abgas- und Lärmemissionen wünschenswert.
- **Förderung erneuerbarer Energien und von Energiesparmaßnahmen:** Die Förderung erneuerbarer Energien und von Energiesparmaßnahmen ist weiter auszubauen. Hierbei sollten neben der klassischen Förderung auch kurz- und mittelfristig umsetzbare innovative Ideen – etwa mit speziellen Gründerzuschüssen – gefördert werden und insbesondere die langfristige Grundlagenforschung – etwa im Bereich der Energiespeicherung, um grundlegende Probleme zu lösen.
- **Regionale Natur- und Umweltschutzmaßnahmen fördern:** Die Förderung regionaler Natur- und Umweltschutzmaßnahmen, etwa zur Wiedergewinnung verlorengegangener Natur oder der Begrünung von Städten, ist nicht nur aus der Sicht des Umweltschutzes zu begrüßen, sondern erhöht vor allem auch die Lebensqualität der Menschen und Tiere. Beispiele hierfür sind Stadtgärten, Blühstreifen, Magerwiesen oder etwa das Programm „Klimaanpassung“ der Stadt Frankfurt. Auch die solidarische Landwirtschaft geht in eine ähnliche Richtung. Vielversprechende Projekte, die durch regionale, kommunale oder individuelle Anstrengungen entstanden sind, sollten erstens durch stärkere Vernetzung hessenweit bekannt gemacht werden und zweitens sollte durch Fördermaßnahmen deren hessenweite Einführung ermutigt werden.
- **Maßnahmen zur drastischen Reduzierung des Plastikmülls:** Das immer mehr in den Fokus der Öffentlichkeit rückende Plastikproblem muss schnellstmöglich gelöst werden. Eine Förderung der vorhandenen Alternativen ist längst überfällig, aber da dies und die viel zu kurz gegriffenen Selbstverpflichtungen der Industrie nicht und vor allem zu langsam wirken, sind schrittweise Verbote unausweichlich.

## Mensch

Weitere wichtige Säulen unserer politischen Agenda sind die Themenfelder soziale Gerechtigkeit und Transparenz in Politik und Wirtschaft. Erstere ist zwar vor allem ein Thema der Bundespolitik, spielt aber natürlich auch in der Landespolitik an mancher Stelle und daher auch hier eine Rolle, während Letztere natürlich nicht nur in Brüssel und Berlin, sondern auch in Wiesbaden wegen des unschönen Einflusses von Lobbyisten oft vergeblich gesucht wird. Wir lassen unsere politischen Forderungen und Gesetzestexte nicht von Großkonzernen diktieren, sondern fühlen uns nur den Tieren, der Natur und Umwelt und nicht zuletzt den Menschen verpflichtet.

Ein Kernthema der Landespolitik und auch unseres Programmes ist selbstverständlich die Bildungspolitik. Wir fordern ein Ende der Politik des Sparens am falschen Ende, der schlechten Bezahlung und die Würdigung von Lehrkräften und der Ökonomisierung von Bildung. Eine gute Bildung der zukünftigen Generationen ist nicht nur aus ökonomischen Gesichtspunkten immens wichtig, sondern vor allem ein Wert an sich, der der Ökonomie nicht untergeordnet werden sollte. Zu guter Bildung gehört für uns auch die Vermittlung einer Ethik, die die Achtung und den Respekt vor unserer Umwelt, vor allen Lebewesen und insbesondere vor Schwächeren beinhaltet.

Folgende Kernforderungen ergeben sich daraus für die hessische Landespolitik:

- **Ethik als verpflichtendes Schulfach:** Ethik soll als verpflichtendes Schulfach eingeführt werden und nicht nur für manche als oft vernachlässigter Ersatz für den Religionsunterricht dienen. Eine ethische Grundbildung sollte jeder unabhängig vom Religionsunterricht erhalten und dort unter anderem die bereits erwähnten Werte vermittelt bekommen. Tierethik muss dabei auch fester Bestandteil des Lehrplans sein.
- **Ernährungsunterricht in die Lehrpläne:** Ob als eigenes Fach oder integriert in die Lehrpläne bereits bestehender Fächer, jedes Kind sollte in der Schule lernen, was gesunde Ernährung bedeutet und wie man sie mit einfachen Mitteln umsetzt. Schon allein vor dem Hintergrund der sich immer stärker ausbreitenden, größtenteils ernährungs- und lebensstilbedingten Zivilisationskrankheiten ist dies unerlässlich, um einen zu einer gesünderen und glücklicheren Gesellschaft führenden Wandel der Essgewohnheiten herbeizuführen. Hierbei muss vollwertige pflanzliche Kost eine zentrale Stellung einnehmen und die von allen seriösen Ernährungsgesellschaften dieser Welt vertretene Notwendigkeit einer drastischen Reduzierung tierischer Fette und verarbeiteter Lebensmittel vermittelt werden. Außerdem sollte der Ernährungsunterricht natürlich über die Umweltbilanzen gewisser Gruppen von Lebensmitteln aufklären.
- **Gerechtere Behandlung von Lehrkräften an Schulen und Universitäten:** Ein großer Teil der Lehrkräfte, die eine zentrale Stellung für die Bildung zukünftiger Generationen einnehmen, arbeiten unter befristeten Verträgen, oft unfreiwillig in Teilzeit und unter zu schlechter Bezahlung – seien es die immer mehr befristet eingestellten und über die Sommerferien wieder entlassenen Lehrer oder der traditionell fast ausschließlich unter diesen Bedingungen arbeitende wissenschaftliche Mittelbau. Diese Zustände erschweren nicht nur durch die entstehende Unsicherheit und Zukunftsangst das Leben der Betroffenen, die eine wichtige Stütze unserer Gesellschaft darstellen, sondern wirken sich natürlich auch auf die Qualität der Lehre und den Lernerfolg der Schüler oder Studierenden aus. Daher müssen befristete Stellen zur Ausnahme statt zur Regel gemacht werden, mehr Vollzeitstellen geschaffen und die Bezahlung der Lehrkräfte der Bedeutung ihrer Arbeit angepasst werden.
- **Einstellung weiterer Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter:** Zudem entstehen durch Unterrichtsausfall oder Vertretungsunterricht durch nicht explizit dafür ausgebildete Kräfte an Schulen und schlechte Betreuungsverhältnisse an Universitäten weitere Probleme für die Lernenden. Es sind daher – als sinnvolle Investition in die Zukunft – Mittel für die Einstellung weiterer Lehrkräfte bereitzustellen. Auch über die Einführung einer echten Unterrichtsgarantie sollte man nachdenken. Außerdem sind dringend weitere Schulsozialarbeiter einzustellen.
- **Kranken- und Pflegepersonal aufwerten:** Am vom Alter her gesehenen anderen Ende unserer Gesellschaft herrschen ähnliche bzw. noch schlimmere Probleme vor. Eine bessere Bezahlung und ein besserer Personalschlüssel beim Kranken- und Pflegepersonal sind dringend erforderlich, um diese wichtigen und harten Berufe aufzuwerten und die erbrachten Leistungen angemessen zu würdigen und ein würdevolles und hoffentlich zufriedenes Leben für Pflegebedürftige und Kranke zu gewährleisten.
- **Bezahlbaren Wohnraum schaffen und Obdachlosigkeit bekämpfen:** Es müssen dringend verstärkte Bemühungen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums – vor allem in den größeren Städten – und damit zur Verhinderung der Verdrängung ganzer Bevölkerungsschichten aus ihrer angestammten Heimat ergriffen werden. Außerdem ist es mit unseren Grundwerten nicht zu vereinbaren, dass wieder immer mehr Menschen auf der Straße leben müssen. Mit im Vergleich zur hessischen Wirtschaftskraft lächerlich geringen Ausgaben wäre es möglich, ihnen zu helfen und ihnen neue Lebensperspektiven zu bieten.



- **Einführung von Tages- und Begegnungsstätten für ältere Menschen:** Altersbedingte physische Einschränkungen führen oft zu einer stark eingeschränkten Mobilität. Dies kann zu Abhängigkeit, Hilfsbedürftigkeit, Isolation und Vereinsamung führen. Wir möchten deshalb Begegnungsstätten für ältere Menschen einführen, in denen sie Kontakte knüpfen können und bei Bedarf auch teilweise betreut und gefördert werden. Es sollte dort auch günstige und gesunde Verpflegung geben. Ein Shuttle-Service soll die problemlose An- und Abreise ermöglichen.
- **Förderung von Integrationsmaßnahmen:** Sehr viele Menschen engagieren sich ehrenamtlich bei der Integrationsarbeit mit beispielsweise Flüchtlingen oder Kindern aus einkommensschwächeren Familien, weil sie erkannt haben, dass jeder Mensch ein wichtiger und gleichberechtigter Teil unserer Gesellschaft ist und an ihr teilhaben sollte. Dies ist umso wichtiger in Zeiten, in denen Ausgrenzung und Hass wieder propagiert werden und auch noch in die Parlamente einziehen – hoffentlich nicht in den hessischen Landtag. Diese wichtige Arbeit sollte stärkere Anerkennung finden und besser gefördert werden. Dies fängt bei Aufwandsentschädigungen und finanzierten Weiterbildungsmaßnahmen für die Ehrenamtlichen an und geht bis zur Errichtung weiterer öffentlicher Einrichtungen – wie beispielsweise Jugendzentren – und der vermehrten Einstellung hauptamtlicher Mitarbeiter.
- **Ergreifung entschiedener Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung:** Ein Verbot der Vernichtung von Lebensmitteln, die wegen Überschreitens des Mindesthaltbarkeitsdatums nicht mehr verkauft werden dürfen, nach französischem Vorbild ist wünschenswert. So könnte die massive Verschwendung von Lebensmitteln zumindest wirksam reduziert werden und soziale Einrichtungen wie Tafeln und damit bedürftige Menschen könnten davon profitieren. Gerade bei tierischen Produkten ist es ein Hohn, dass so viel Leid und Tod für etwas passieren musste, dass dann weggeworfen wird.
- **Gesünderes Essen in öffentlichen Einrichtungen:** Vergleicht man den aktuellen Stand der Forschung und die Empfehlungen der meisten Ernährungsgesellschaften mit dem, was in Kindergärten, Schulen, Universitäten, Krankenhäusern oder Kantinen auf den Tellern landet, sollte man eigentlich erstaunt sein. Wie bereits erwähnt ist vollkommen klar, dass der Anteil an gesättigten Fettsäuren und verarbeiteten Lebensmitteln in der aktuellen westlichen Ernährungsweise im Mittel viel zu hoch ist. Weiterhin ist klar, dass pflanzliche Lebensmittel eine wesentlich höhere Dichte an Mikronährstoffen – also Vitaminen und Mineralstoffen – haben als tierische. Möglichst unverarbeitete pflanzliche Nahrungsmittel sollten also die Grundlage der in diesen, oft die Verantwortung für Kinder oder Kranke tragenden, Einrichtungen die Basis der Ernährung bilden. Leider ist das Gegenteil der Fall. Dies muss sich ändern. Außerdem ist ein ausreichendes Angebot an vegetarischen und veganen Speisen jederzeit sicherzustellen, denn wer die Entscheidung getroffen hat sich gesund, umweltfreundlich oder tierleidfrei ernähren zu wollen, der sollte im Interesse aller nicht daran gehindert werden.
- **Nachhaltige und zukunftsfähige Wirtschaftsförderung:** Mit gezielten Programmen etwa zur Förderung von nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen oder Projekten auf dem Feld der Nachhaltigkeit – wie beispielsweise grünen Start-Ups oder Bürgergesellschaften zur dezentralen Energieversorgung – sollte die Transformation der hessischen Wirtschaft zu einer immer ökologischeren, zukunftsfähigen, aber gleichzeitig leistungsstarken vorangebracht werden. Dies ist kein Widerspruch, sondern kann sich gegenseitig bedingen, und ist außerdem eine Notwendigkeit für die Erhaltung unserer Umwelt und damit unserer Lebensgrundlage.
- **Stärkung der direkten Demokratie:** Wir begrüßen es, dass zeitgleich mit der Landtagswahl durch eine Volksabstimmung über einige Verfassungsänderungen abgestimmt wird. Weiterhin begrüßen wir es, dass eine dieser Änderungen die Herabsetzung der Hürde für Bürgerbegehren

beinhaltet. Wir befürworten dennoch die weitere Stärkung der direkten Demokratie darüber hinaus.

## Schlusswort

Wir hoffen, dass unser Wahlprogramm Sie zum Nachdenken angeregt und Ihr Interesse an der Partei Mensch Umwelt Tierschutz geweckt hat. Viele weitere Informationen zur Partei und den angesprochenen Themen gibt es auf unserer Website [www.tierschutzpartei.de](http://www.tierschutzpartei.de) und bei Facebook unter Partei Mensch Umwelt Tierschutz - LV Hessen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Arbeit für Menschen, Tiere und Umwelt unterstützen würden, etwa durch aktive Mitarbeit, passive Mitgliedschaft, Spenden und natürlich Ihre Stimme bei der Landtagswahl.

Für Fragen und Anregungen stehen wir gerne zur Verfügung, auch per E-Mail unter [hessen@tierschutzpartei.de](mailto:hessen@tierschutzpartei.de).

*Ihr hessischer Landesvorstand*